

Leipzig, 31. October.

Der Thronrede, mit der gestern der Reichstag eröffnet wurde, hat nicht nur das deutsche Volk sondern ganz Europa — wir dürfen dies ohne Ueberhebung sagen — mit Spannung entgegen gesehen. Obwohl das Nationalitätsprincip niemals größere Triumphe gefeiert hat, als in der Geschichte, in der wir leben; obwohl jedes größere Volk eine Ehre darin suchen sollte, in allen wesentlichen Dingen auf eigenen Füßen zu stehen, sich durch die Wirren und Kämpfe der Zeit selbst einen Weg zu suchen und ebensowenig sich von anderen Völkern ins Schlepptau nehmen zu lassen, als diese bevorzugen zu wollen — trotzdem ist Europa, das in den vierziger und fünfziger Jahren am russischen, in den sechziger Jahren am französischen Gängelbande geführt wurde, noch immer gewöhnt, in kritischen Momenten nach einem leitenden Punkte auszuweichen und auf die Worte zu lauschen, die von dort her ertönen. Diese leitende Stellung ist jetzt unserer deutschen Politik zugefallen, ohne daß es uns irgendwie gelüftet hätte, die Erbschaft des französischen Kaiserreiches anzutreten.

Unsere Leser erinnern sich des Nothschreies, der jeder vom britischen Inselreiche her jüngst zu uns berüberklang, als die Diplomatie an der friedlichen Lösung der Orientfrage zu verzweifeln begann und der Krieg zwischen Rußland und der Türkei sich als unheilbar herauszustellen schien. Damals wurde Bismarck angerufen, mit seinem Nachwort zwischen die Streitenden zu treten, da von diesem allein der Friede der Welt abhängt.

Der Leiter der deutschen Politik verschmähte es aber, die Vorsehung spielen zu wollen und für den Hüter einer flüchtigen Gloire das kostbare Blut der eigenen Nation auf Spiel zu setzen. Wohl hätte er, wenn er dem Rathe Englands folgte, einen glänzenden diplomatischen Sieg erröthen und den Frieden auf kurze Zeit herstellen können — aber nur mit Gefahr eines Weltkrieges, den dieser kleinliche Erfolg in seinem Schooße getragen hätte. Rußland wäre zu geeigneter Stunde im Verein mit Frankreich über uns hergefallen, und wer weiß, wo dann der Briten gewesen wäre! Wir würden unseren Mann gestanden haben; das geeinte Deutschland fürchtete keinen Feind der Welt mehr; ist aber die orientalische Frage das große Baguigné werth? Verdient sie, daß wir um ihre Willen unsere nationale Ehre in die Schanze schlagen? Gewiß nicht. Es handelt sich da in erster Linie um Machtinteressen, die zunächst nicht die unsrer sind; diese beruhen wohl auf Culturmomenten, die der Aufmerksamkeit Beobachtung und Theilnahme würdig sind; aber weder die Türken noch die Russen kämpfen für Ideen, die uns Deutschen sehr ans Herz gewachsen wären und für die wir unser Herzblut einzusetzen hätten.

Von dieser Ueberzeugung geht auch die Thronrede aus, indem sie versichert, daß Deutschland nach wie vor bestrbt sein werde, „den Frieden durch freundschaftliche Vermittlung zu erhalten.“ Dann aber die bedeutenden Worte hinzusetzt: „Deutschland darf sicher sein, daß das Blut seiner Ehre nur zum Schutze seiner eigenen Ehre und seiner eigenen Interessen eingesetzt werden wird.“ Das besagt: Wir stehen den orientalischen Wirren lebensfähig gegenüber, wir wollen nur im Sinne friedlicher Verständigung eingreifen; ist Deutschlands Interesse, Deutschlands Ehre bedroht, dann sind wir da. Das ist uns, das ist jedem Deutschen aus der Seele gesprochen.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 31. October.

Der „Nord“ bespricht die deutsche Thronrede und sagt hierbei: Die Rede sei die feierliche Bekräftigung des Dreikaiserbündnisses, welchem Europa die Erhaltung des Friedens verdanke. Die auf die Auflösung dieses Bündnisses gerichteten Bestrebungen seien fruchtlos geblieben. Die Rolle eines Vermittlers zwischen Oesterreich und Rußland, welcher der deutsche Kaiser sich auch ferner unterziehen wolle, sei ein Pfand für die friedliche Beilegung der Schwierigkeiten, welche sich erheben könnten.

Die erste Sitzung des Reichstags, welche unmittelbar nach der feierlichen Eröffnung stattfand, zeigte die üblichen Läden; besonders auf den Bänken des Centrums, namentlich denjenigen bayerischer Nationalität, herrschte erschröckende Dede. Unter den Redenden befanden sich auch die Korpsführer Windthorst, v. Schorlemer, Jörg u. s. w. Die selbstverständliche Folge war die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Namensaufruf ergab nur 150 Mitglieder, während 198 notwendig gewesen wären. Infolge dessen mußte die Sitzung resultatlos vertagt werden.

Auf Grund der vorliegenden Ergebnisse gestaltete sich die Wahlbilanz der national-liberalen Partei in Preußen wie folgt: es wurden 21 Sitze verloren, dagegen wurden 26 gewonnen. Es stellt sich also ein Reingewinn von 5 Sitzen heraus, wozu noch 4 zweifelhafte Stimmen. Verloren gingen an die Fortschrittspartei 3 Sitze, an das Centrum ebenfalls 3, an die Freiconservativen 14, an die Particularisten 1; dagegen wurden gewonnen von der Fortschrittspartei 5 Sitze, vom Centrum 5, von den Freiconservativen 9, von den Polen 4, von den Liberalen 1, und 1 Sitz kam neu hinzu.

In der letzten Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses stellte der Abg. Herbst

den Antrag, daß die Debatte über die Antwort der Regierung auf die Interpellation bezüglich der Orientpolitik auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werde. Der Ministerpräsident Fürst Auerberg gab hierauf folgende Erklärung ab: Die Regierung habe wahrgenommen, daß die auf die gedachte Interpellation abgegebene Erklärung, worin von kriegerischen Manifestationen und Demonstrationen die Rede sei, in Abgeordnetenkreisen eine der Absicht der Regierung fern liegende Deutung erfahren habe. Die Regierung habe durch die Beantwortung der Interpellation das Gewicht hinlänglich befestigt, daß sie auf die Rundgebung der Reichsvertretung gelegt habe und vermöge diese Deutung ihrer Antwort nur einem Mißverständnis zuzuschreiben, halte es aber angesichts der ersten Lage für eine patriotische Pflicht, dieses Mißverständnis durch die Erklärung zu beseitigen, daß unter den erwähnten Manifestationen und Rundgebungen nicht diejenigen der legalen Vertretungskörperschaften gemeint gewesen sein könnten. (Beifall.)

Die deutsche Studentenschaft in Wien hat durch ein zu diesem Zwecke gewähltes Comité die Vester Studentenschaft, die sich zur Vorkämpferin der „türkischen Civilisation“ aufgeworfen hatte, in folgendem kräftigen Schreiben abgetrumpft:

Die deutschen Studenten Wiens an die vereinigten ungarische Universitäts- und Polytechnicum-Jugend von Vech.

Collegiallicher Gegengruß zuvor!

Wir haben mit Verdringung zur Kenntnis genommen, daß ihr nimmer, da ihr euer Volk in Gefahr glaubt, mit einem Wale die Culturbeziehung des deutschen Volkes anerkennt.

Euer Vorgehen gegen unsere Stammesgenossen in Siedebürgen und die consequente Verfolgung der deutschen Sprache in euren Lande kann uns aber nie daran vergessen lassen, wie sehr eure heutigen Worte im schroffen Widerspruch stehen zu euren Thaten.

Ebensowenig anständig ersehen wir die gerade aus eurem Munde so sonderbar klingende Appell an unser Gefühl für das „ungeheilte Gesamtdeutsch.“

Wollten wir euch selbst anzeigen, daß die slavischen Bestrebungen in eurer Zeit auch unsere Sicherheit bedrohen könnten, so glauben wir denn doch nicht, daß die Gefahr, die euch Rußland von dieser Seite droht, in gleicher Weise über der großen deutschen Nation schwebt. Die Vorsehung jenes abgedruckten Schreibens vermag uns demnach nicht in dem Maße zu verwirren, daß wir in dem „taylor's Lärnkochel“ die „Träger der Civilisation“ und ein „Vendervolk“ erblicken könnten.

Mit theilnehmendem Ernste sehen wir dem blutigen Schauspiel zu, das sich uns darbietet, aber wir bedauern nicht des Unüberwindens noch Hülfe, um uns das beruhigende Bewußtsein der Sicherheit zu verschaffen: Wir vertrauen vielmehr auf die glorievolle Vergangenheit und Gegenwart der deutschen Nation.

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Minghetti hat vor seinen Wählern zu Veggano eine Rede gehalten, worin er sein früheres Programm von Neuem darlegte und versicherte, daß er demselben stets treu geblieben sei. Derselbe sprach ferner über die Herstellung des finanziellen Gleichgewichtes und setzte seine Ansichten über die Eisenbahnfrage aufeinander. Die Anschuldigungen, daß die gemäßigten Partei die Ausführung von Reformen vernachlässigt habe, wurden von dem Redner zurückgewiesen. Den von Sella in Cassato kundgegebenen Anschauungen stimmte Minghetti bei. Schließlich versprach derselbe, jede nützliche Reform zu unterstützen.

Der Sultan soll am 18. d. ein in verächtlichem Sinne abgefaßtes eigenhändiges Schreiben an den Kaiser von Rußland gerichtet haben.

Der russische Botschafter Ignatieff hatte am 30. October eine Conferenz mit dem Großsezier. Nach derselben traten sowohl der türkische Ministerpräsident als die Vertreter der sechs Mächte zu Beratungen zusammen. Es heißt fortgesetzt, die Sachlage sei der Art, daß sie zu Friedenshoffnungen berechtige.

Gutem Vernehmen nach liegt auch seitens der Botschafter Englands und Oesterreichs eine Unterstützung des russischen Waffenstillstandes vor.

Fürst Milan ist am Montag Morgen zur Armee abgereist.

Die deutsche Strafproceßordnung.

Als das normale ordentliche Rechtsmittel ist, nach Ablehnung der Berufung, die Revision anerkannt worden, zur Aufrechterhaltung der Einheit des Strafrechts und Verfahrens; sie kann nur darauf geführt werden, daß das Urtheil auf einer Verletzung der Gesetz beruht, d. h. daß eine Rechtsnorm nicht oder nicht richtig angewendet worden sei. Nach erfolgter Aufhebung eines freisprechenden Urtheils ist (nach den Beschlüssen der Commission) das anderweit erkennende Gericht an die rechtliche Beurtheilung; des Revisionsrichters gebunden. Die Wiederaufnahme des Verfahrens soll auch als Ersatz der aufgehobenen Berufung für alle Fälle der Beibringung neuer Thatsachen oder Beweismittel, welche eine Freisprechung oder Anwendung eines milderen Strafgesetzes begründen können, eintreten; enger sind die Grenzen gezogen, wo die Wiederaufnahme zum Nachtheil des Angeklagten stattfindet. Als allgemeines ergänzendes Rechtsmittel gegen Beschlüsse und Verfügungen der Landgerichte und der Einzelrichter (nicht der Oberlandesgerichte und des Reichsgerichts) ist sowohl den Parteien wie dritten Personen die Beschwerde gewährt. Außerdem ist noch eine nachträgliche Einführung

der Berufung gegen die Urtheile der kleinen Schöffengerichte vorgeschlagen worden.

Die Vollstreckung der Strafurtheile fiel bisher dem Richteramt zu, die Commission hat sie als Act der Executive dem Staatsanwalt überlassen; der Beurtheiler kann sich über die Vollstreckung beschweren; ferner kann ein Straußschub bis zu vier Monaten vom Gericht gewährt werden. Neu ist der unter Widerspruch der Regierung angenommene Satz, daß dem Freigesprochenen die notwendigen Auslagen aus der Staatskasse ersetzt werden sollen.

Ueber das Recht der Privataufklage gingen die Meinungen erheblich auseinander, die Regierungen wollten eine subsidiäre Privataufklage bei allen Antragsverbrechen gewähren, aber der Commission geneigte dies nicht. In allen Fällen, wo der Staatsanwalt eine Denunciation zurückweist, soll er den Antragsteller mit Gründen bezeichnen. Der Antragsteller hat binnen zwei Wochen die Beschwerde an den vorgelegten Beamten der Staatsanwaltschaft frei und gegen dessen ablehnenden Bescheid binnen einem Monat von einem Rechtsanwalt zu zeichnenden Antrag auf Entscheidung des Oberlandesgerichts. Das Gericht kann zur Vorbereitung seiner Entscheidung Ermittlungen anordnen. Erachtet es den Antrag für begründet, so beschließt es die Erhebung der öffentlichen Anklage. Die Durchführung dieses Beschlusses liegt der Staatsanwaltschaft ob. Gegen dieses Verfahren machen sich selbst die allergrößten praktischen Bedenken geltend, was namentlich bei den besonderen Proceßformen, die sich an diese Hauptfrage anschließen, hervortritt.

In den allgemeinen Bestimmungen der Strafproceßordnung hat die Commission bezüglich der Zeugnisformel, der Bekräftigung vom Zeugnis, der Zeugnisformel, des Sachverständigenbeweises, der Beschlagnahme der Durcksachung und Verhaftung um Theil weit gehende Rechte der bürgerlichen Freiheit statuiert, und werden auch hierüber wohl manche Auseinandersetzungen mit dem Bundesrath zu erwarten sein.

Dies ist in gedrängten Zügen ein Abriss der Strafproceßordnung. Das Hauptverfahren ist vereinfacht worden, das Vorverfahren bleibt ziemlich weitläufig und schwerfällig. Es sind in der Strafproceßordnung mancherlei Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten von principieller Bedeutung; durch eine parlamentarische Berathung eines organischen Werkes werden dieselben freier größer. Gleichwohl darf wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß das Zustandekommen der Strafproceßordnung nicht auf eine weitere Session hinausgeschoben werden möge. Das Bewußtsein von der Nothwendigkeit, etwas für alle Theile Annehmbareres herzustellen, wird sicher die vielen Gegensätze und Widersprüche überwinden können.

Einige freimüthige Betrachtungen

über die Einführung der beiden Bürgermeister.

I. Leipzig, 31. October. Dieser Act, über den wir am Sonntag eingehend berichteten, bedeutet einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte unserer Stadt, und unsere Leser werden es billig finden, wenn wir mit einigen Betrachtungen, die sich uns gelegentlich dieses Vorganges aufdrängten, nicht zurückhalten.

Der Wahrheit die Ehre gebend, constatiren wir vorweg mit Verdringung, daß sowohl unter den am Sonntagabend im Rathhause versammelten Vertretern unserer Stadt als in weiten Kreisen der Bürgerschaft die Haltung, welche Herr Kreis- hauptmann von Könnertich als Vertreter der Regierung bei diesem Anlaß angenommen, einen wohlthuenden Eindruck hinterlassen hat. Herr von Könnertich hätte ja die formelle Handlung, die er vorzunehmen hatte, mit geschäftsmäßiger Trockenheit abmachen können. Er begnügte sich aber damit nicht, sondern gedachte mit herzlicher Theilnahme des verstorbenen Bürgermeisters, begrüßte achtungsvoll und sympathisch den neugewählten, legte auf das durch diesen zu pflegende Einvernehmen zwischen der Regierung und der Stadt Leipzig sowie auf die Wahrung unserer communalen Freiheiten einen besondern Ton und nahm am Schlusse mit warmen Worten und mit dem Versprechen Abschied, auch in seiner neuen Stellung als Finanzminister nach Kräften für die Hebung Leipzigs thätig sein zu wollen.

Es Herrn von Könnertich erst mit allen diesen Dingen — und wir haben keinen Grund hieran zu zweifeln —, so sehen wir darin ein glückliches Zeichen der Versöhnung, der Wiederannäherung an die Befriedigung, die den öffentlichen Geist unserer Bürgerschaft durchdringen und die eine geraume Zeit lang nur wenig Gnade fanden bei der hohen Staatsregierung. Wenn der Vertreter der Regierungsbehörde den verstorbenen Bürgermeister rühmt nicht nur wegen seines Wirkens für unsere Stadt, sondern auch wegen seines Auftretens im Landtage; wenn er die Stadt zur Wahl seines Nachfolgers beglückwünscht, eines Mannes, der seither zu den Spitzen und Stützen der national-liberalen Partei in Sachen gehörte und dessen „strenge Gewissenhaftigkeit“ und „schattenlose Reinheit des Charakters“ keinen Zweifel daran lassen, daß er auch ferner dieser Richtung von Herzen treu bleiben werde: so dürfen wir wohl hoffen, daß die sächsische Regierung von dem schroffen Standpunkte, der sie früher von uns

trennte, zurückgetreten ist, daß sie die bestige Redde, die sie den National-liberalen und den Reichsvereinen sogar vom Ministerische aus ansetzte, abgelegt hat. Wenn Dies der Fall ist und die Regierung aufhören wird, Scheel und mißtrauisch auf die nationalen Männer in Sachen zu blicken, so werden wir ihr freudig die Hand reichen zu gemeinsamer fruchtbarer Arbeit für das Reich wie für die engere Heimath. Denn weit entfernt, uns in fortwährender Opposition wohl zu fühlen, werden wir diese gern aufstellen, wenn wir die sächsische Politik sich bescheiden und entschlossen der nationalen und freimüthigen Politik des Reiches anreihen, wenn wir sie fest und froh die Bahn ziehen sehen, auf der sie seither nur ängstlich, ja verdrossen dahinglitt.

Enterpe.

Das Directorium der Enterpe ladet zu einem Concert ein, das Dienstag den 7. November zu Gunsten der Pensionsfonds- und Anstaltungs-Casse des Leipziger Musiker-Vereins gegeben werden soll. Fast alle Mitglieder unserer Enterpe-Orchesters gehören dem Musiker-Verein an und es erklärt sich somit die dankenswerthe Fürsorge des genannten Directoriums, das bemüht ist, in den Künstlern die Kunst zu ehren und wirksam zu unterstützen. Indem es sich an die Mitglieder des Publicums wendet, kommt es gewiß den Wünschen vieler Leipziger Musikfreunde entgegen, die den äußerst schwierigen Beruf unserer Musiker zu würdigen wissen. Und wer sollte wohl nicht von dem Wunsche befeßt sein, den wadern Männern, die uns so oft hohe Kunstgenüsse vermachten, ein so viel als möglich vergenertes Alter zu bereiten oder ihnen in Krankheitsfällen, die sie an der Erfüllung ihrer Berufspflicht hindern, human die Hand zu bieten? Sehen wir ab von dem schönen Zwecke des bevorstehenden Concertes und werfen wir einen Blick auf das Programm desselben, so finden wir, daß uns ein treffliches Equivalent geboten wird für die zu bewerkende Theilnahme, wüthig unsere Leipziger, der Pfleghätte wahrer Kunst.

Meinckelsohn's „erste Walpurgisnacht“, die unserm Wissens seit geraumer Zeit nicht zur Aufführung gekommen, das poetischste und kräftigste Werk des großen Tonkünstlers, der unter und gelebt und geschaffen hat, dürfte wohl in erster Reihe lebhaftes Sympathien erwecken. Der „Betrügnis- gelag der Verbannten Israels“, nach Worten des 126. Psalm, von Schulz-Beuthen, zum ersten Male aufgeführt, ist das Werk eines neuern Componisten, der sich auf den Tonkünstler-Versammlungen in Dessau, Weimar und Altenburg in weiteren Kreisen rühmlichst bekannt gemacht und in den dort aufgeführten Chören als ein ursprüngliches, mit Vorliebe im großen Style schaffendes Talent manifestirt hat. Herr Capellmeister Wilhelm Treiber, der hochgeschätzte Pianist, wird uns ein neues Clavier-Concert (Manuscript) von Rheinberger vortragen und somit den Reiz des Programms erhöhen. Der Leipziger Chorgesang-Verein, dessen gediegene Leistungen aus früheren Concerten dem Publicum bekannt, hat die Ausführung der Chöre übernommen. Fügen wir nun noch hinzu, daß die ersten Gesangskünstler und Künstlerinnen, deren Namen das Programm veröffentlicht wird, als Solisten in den betreffenden Compositionen erscheinen, so glauben wir dem Wohlthätigkeits-Concerte den besten Erfolg versprechen zu dürfen.

Aus Stadt und Land.

Leipzig, 30. October. Gestern hielt der hiesige Militär-Verein Kameradschaft seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem vorgetragenen Rechenschaftsbericht ging hervor, daß dem Verein 150 Mitglieder zugetreten waren und somit derselbe jetzt 650 Mitglieder zählt. Die Einnahme betrug 5339 M. 11 S., welcher eine Ausgabe von 5267 M. 10 S. gegenüberstand. In der Hauptfrage entfällt die Ausgabe auf die Krankenunterstützung mit 2391 M. 15 S. an 73 Kranke und auf das Todtenopfer mit 405 M. — S. an 9 verlorbene Kameraden, gewiß das ehrenvolle Zeugnis für die Thätigkeit des Vereins. Trotz dieser gegen das Vorjahr erheblich gesteigerten Ausgaben konnte dem Stammvermögen auch in diesem Jahre die ansehnliche Summe von 1263 M. 75 S. überwiehen werden. Bei der Neuwahl entfielen die weitest meisten Stimmen auf die bisherige Verwaltung, so daß nur unerhebliche Veränderungen in derselben eingetreten sind.

Leipzig, 31. October. Der Jahresbericht des Allgemeinen Buchhandlungs-Gehülfen-Verbandes 1875-1876 enthält wiederum in gewohnter Ausführlichkeit und Klarheit auf achtundvierzig Octavseiten die Ereignisse des verfloffenen Vereinsjahres. Nach dem Rechnungsabschluss hatte der Verband eine Einnahme von 10,955 M. und eine Ausgabe von 9779 M., somit einen Cassenbestand von 1175 M. Auf die anderen Conten werden wir im ausführlichen Bericht zurückkommen und fügen nur noch hinzu, daß der Jahresbericht noch das allgemeine revidirte Verbands-Statut, das Mitgliedsverzeichnis, die Cartellverträge und die Statistik der Grundbesitze 1873-1875 mittheilt.

Reudnitz, 31. October. Im Grundbuch Nr. 6 der Chausseestraße, in welchem sich seither die Restauration von A. Hirsch befand, hatte der Wirth nach dem Verlassen des Locals (und er-